

Politiker streiten über Bøllerverbot: Wer trägt die Verantwortung?

Berlin diskutiert erneut über ein Bøllerverbot nach den Silvester-Krawallen 2025. Verletzungen und Schäden führen zu intensiven Debatten.



Berlin steht nach den chaotischen Silvesterfeierlichkeiten vor einer hitzigen Debatte über das Thema Bøllerverbot. Am Donnerstag hat das Abgeordnetenhaus mehrheitlich gegen einen Antrag der Gruppen gestimmt, der ein generelles Verbot von Feuerwerkskörpern für den Privatgebrauch verlangte. Die Krawalle der Silvesternacht hinterließen fast 400 Verletzte und Sachschäden in Millionenhöhe. Die Gruppen forderten ein Verkaufsverbot für Pyrotechnik und eine eigene Verbotszone, um Mensch, Tier und Umwelt vor den Gefahren des Bøllerwahnsinns zu schützen. Doch CDU, SPD und AfD lehnten den Vorschlag ab, was die Debatte über Sicherheit und Ordnung in der Stadt weiter anheizte, wie die **BZ Berlin** berichtete.

Forderungen nach einem bundesweiten Verbot

Die Diskussion um ein Bøllerverbot findet nicht nur im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Am 6. Januar pbergaben die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zusammen mehr als 1.961.000 Unterschriften fpr ein flæchendeckendes Verbot von Feuerwerkskørpern in der Hauptstadt an die Staatssekretærin Juliane Seifert. Laut Jprgen Resch, dem Bundesgeschæftsfphrer der DUH, sei ein solches Verbot notwendig, um Verletzungen und Umweltschæden zu vermeiden. Er kritisierte die Gefahren, die von auch legalen Bøllern ausgehen, und forderte eine Ænderung der Sprengstoffverordnung vor der næchsten Bundestagswahl. Fpr Resch ist die Bøllerei ein archaisches Phænomen, das dringend reformiert werden muss, und auf der Veranstaltung soll den Opfern der Silvesterbøllerei Gehør verschafft werden, was die Forderungen nach einem Verbot weiter stptzen wprde, so **DUH**.

Die Auseinandersetzungen um den Umgang mit Pyrotechnik und deren Folgen sind intensiver denn je, wæhrend die Unterstptzung fpr ein Bøllerverbot wæchst. Es bleibt abzuwarten, wie die politischen Akteure auf die anhaltenden Forderungen der Øffentlichkeit reagieren werden.

BZ Berlin

Details	
Quellen	• www.bz-berlin.de • www.duh.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de